

Robert Jungk

## Friedensaktivist und Zukunftsforscher



1979: Robert Jungk als Redner bei einer Demonstration gegen ein geplantes Atomülllager im norddeutschen Gorleben, Bild: JBZ-Fotoarchiv

Robert Jungk (1913 bis 1994), der sich in seiner Jugend in der sozialistischen Bewegung betätigte, musste mehrfach vor den Nazis fliehen. Er war Publizist und Journalist, vor allem aber war er eine Gallionsfigur der Friedens-, Umwelt- und Antiatombewegung. Als einer der ersten „Zukunftsforscher“ warnte er vor den ökologischen und demokratiepolitischen Gefahren der Atomwirtschaft. In seinem Buch „Der Atomstaat“ (1984) zeigte er auf, wie die Kollaboration von Großindustrie mit Großstaat und Großwissenschaft die Demokratie untergräbt und die Militarisierung der Gesellschaft fördert. Jungk

warnte jedoch nicht nur, er kämpfte auch für Alternativen zu einer von Großindustrie, Großstaat und Großwissenschaft dominierten Gesellschaft: Förderung dezentraler Energien, Ernährungssouveränität, Selbstbestimmung in der Arbeitswelt und neue Formen wirtschaftlicher Kooperation.

Die parlamentarische Demokratie allein sah Jungk nicht in der Lage, solche Kurskorrekturen in die Wege zu leiten, da politische Parteien häufig mit den Interessen von Wirtschaftslobbys verstrickt sind. In den sozialen Bewegungen, den Bürgerinitiativen und der Selbstorganisation der Zivilgesellschaft machte er daher die neue politische Kraft aus, eine friedliche, ökologische und demokratische Wende einzuleiten. Seine „Zukunftswerkstätten“ lebten von der Idee, Betroffene zu Beteiligten und Gestaltern zu machen.

Robert Jungk zählte auch zu den zentralen Persönlichkeiten sowohl der Friedensbewegung gegen atomare Aufrüstung in den 1950er-Jahren (Pugwash-Bewegung) wie auch der Friedensbewegung in den 1980er-Jahren, die sich gegen die Zuspitzung des Wettrüstens zwischen Ost und West, gegen die Stationierung von NATO-„Mittelstreckenraketen“ in Europa sowie gegen die Entwicklung von SDI („Strategic Defence Initiative“) – also die Militarisierung des Weltraums – richtete.

### „Eine höchst subtile Form des Faschismus“

Für sein politisches und wissenschaftliches Engagement wurde er 1986 mit dem Right Livelihood Award gewürdigt. 1991 kandidierte er als Bundespräsidentenskandidat für die Grünen. Kennzeichnend für seinen Wahlkampf war sein massives Auftreten gegen den EG/EU-Beitritt Österreichs. So bezeichnete er die EG/EU als „eine höchst subtile Form des Faschismus“ (ÖÖ-Nachrichten 9.12.1991). Er erkannte damit schon frühzeitig, dass der neoliberale Marktradikalismus der EU zu zunehmender Entdemokratisierung und Militarisierung führen werde. Dass etwas mehr als ein Jahrzehnt nach seinem Tod (1994) bereits eine Aufrüstungsverpflichtung für alle EU-Mitgliedsstaaten in EU-Verfassungsrang gehoben werden sollte, hätte den scharfsinnigen Zukunftsforscher wahrscheinlich nicht überrascht. Überrascht und wohl tief verstört hätte ihn jedoch, dass die Partei, für die er 1991 damals respektable 5% der Wählerstimmen errang, eine 180-Grad-Wende vollzog und sich zum eifrigsten Fürsprecher der EU-Militarisierung und zum Türöffner für Kriege (z.B. Jugoslawien) entwickelte.